

# Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 195.

Donnerstag, 22. August

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsdruck (Eingehandt) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Unter dem Verdachte, das Strandhotel in Glöcksburg vorzüglich in Brand gesetzt zu haben, wurde ein Kellner des abgebrannten Hotels verhaftet.

Ministerpräsident Poincaré hat sich nach seiner Ankunft in Dänkirchen über das Ergebnis seiner Aufstade-reise und die gegenwärtigen Beziehungen der Tripel-entente-mächte zueinander ausgesprochen.

Die türkische Kabinettskrise dauert fort. Justiz-minister Hussein Hilmi Pascha ist zurückgetreten, der Rück-tritt Kiamil Paschas und des Scheichs M. Ismail gilt als bevorstehend.

## Ämtlicher Teil.

Ministerium des königlichen Hauses.

Dresden, 22. August. Se. Königl. Hoheit der Kron-prinz ist heute vormittag 10 Uhr 26 Min. von Turin hierher zurückgekehrt.

Dem Postinspektor Bödeker in Berlin ist vom 1. Oktober 1912 ab eine Hilfsreferentenstelle bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Chemnitz übertragen worden.

Nachdem Seine Majestät der König von Sachsen auf Grund von Art. 50 der Verfassung des Deutschen Reiches zu dieser Anstellung die Landesherliche Bestätigung erteilt haben, wird Solches zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 12. August 1902.

Finanzministerium.

## Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums sind im regelmäßigen Verfahren zu be-legen: Das Diakon zu Rodewisch (Ruedach), Kl. II, Koll.; der Stadtrat zu Ruerbach i. S.; das Pfarramt zu Rödlich (Glandau), Kl. II, Koll.; Se. Durchlaucht Fürst Otto Viktor von Schönburg-Waldenburg; das Pfarramt zu Warbach (Leisnig), Kl. VIII (A), Koll.; das Ev.-luth. Landeskonsistorium; das Pfarr-amt zu Großbothen mit Hassen (Wrimmo), Kl. IX (A), Einkun-ftung wegen ev. späterer Selbständigmachung des Pfals bleibt vor-behalten, Koll.; das Ev.-luth. Landeskonsistorium; das Pfarramt zu Elbernhau (Rosenberg), Kl. IX (B), hatt Kl. X, Koll.; Geh. Kommerzienrat A. Lange in Ruerhammer. — Angestellt bez. versetzt worden: D. W. Böhmig, Hilfsgehilfe in Geisau, als solcher in Vengelsfeld (Ruerbach); P. K. F. A. Seyne, Pfarrer in Wildbach, als Pfarrer in Kemnitz (Oberlausitz).

(Wechselseitige Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Se. Excellenz der Hr. Staats- und Finanzminister v. Seydewitz ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

### Deutsches Reich.

Vom Kaiserlichen Hofe.

Der Kaiser in Mainz.

Mainz, 21. August. Beim Vorbeimarsch der Truppen führte Se. Majestät der Kaiser sein Infanterieregiment Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich Hessisches) Nr. 116 selbst vorbei, der Großherzog sein Leibgarde-Infanterie-regiment (1. Großherzoglich Hessisches) Nr. 115 und das Garde-Drägerregiment (1. Großherzoglich Hessisches) Nr. 23; die Großherzogin, Prinzessin Friedrich Karl und Prinzessin Karl führten ebenfalls ihre Regimenter. Als Zuschauerin war inzwischen auch die Kronprinzessin von Griechenland aus Cronberg ein-getroffen. Nach Schluß des Vorbeimarsches nahm der Kaiser militärische Meldungen entgegen und setzte sich dann mit dem Großherzog an die Spitze der Feldzeichen,

um in die Stadt einzureiten. Die Fahnenkompanie hatte das Infanterieregiment Nr. 116, die Standarten-Gesabron das Dragonerregiment Nr. 23 gestellt. Auf dem ganzen Wege wurde der Kaiser und der Großherzog von dem überaus zahlreichen Publikum stürmisch begrüßt. Die Stadt hatte reichen Blaggeneschmuck angelegt. Um 12 Uhr trafen Se. Majestät der Kaiser und Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen vor dem Groß-herzoglichen Schlosse ein, wo der Kaiser die Fahnen-kompanie und die Standartenabron noch einmal vorbeimarschieren ließ. Am Vestibül des Schlosses wurde der Kaiser vom Oberbürgermeister Dr. Göttemann namens der Stadt Mainz begrüßt. Der Kaiser äußerte dem Oberbürgermeister gegenüber seine Freude über die fröhlichen Kindercharen, die er auf seinem Wege gesehen habe. Er habe mit Vergnügen von der fortschreitenden Ausdehnung des Reichsbildes der Stadt durch die Er-schließung des früheren Festungsgeländes Kenntnis ge-nommen. Um 1/4 Uhr war Frühstückstafel im Schlosse. Der Gouverneur von Mainz, General der Kavallerie Graf v. Schlieffen, ist à la suite des Kürassierregiments Nr. 2 gestellt worden. Der Kaiser hat weiter eine Reihe von Ordensauszeichnungen verliehen.

Cronberg, 21. August. Se. Majestät der Kaiser ist in Begleitung der übrigen Fürstlichkeiten und des Ge-folges um 1/4 Uhr wieder auf Schloß Friedrichshof ein-getroffen.

### Militärdebatte in der bayerischen Kammer.

München, 21. August. Kriegsminister Frhr. Krell v. Kressenfeld führte in seiner Rede zum Etat des Kriegsministeriums vor der Kammer der Abgeord-neten weiter aus: In Bayern werde nicht mehr pen-sioniert als in Preußen. Die höheren Offiziere seien zwar in Bayern jünger als in Preußen, dabei sei aber zu berücksichtigen, daß in Bayern in den letzten Jahren wiederholt unerwartete Abgänge in den höchsten Stellen eingetreten seien. Bei den Pensionierungen spiele nur das dienstliche Interesse eine Rolle. Er könne ver-sichern, daß kein Offizier abgezogen werde, weil er durch einen Prinzen übergangen werde. Die Armee begrüße es und rechne es sich zur Ehre, wenn Angehörige des Königs-hauses in ihren Reihen dienten, und wenn es sein müße, auch fochten. In der Verfolgung der Soldatenmish-andlungen werde er nicht nachlassen. Die Disziplin bei dem Kaisermander in Mörchingen bei der 18. In-fanteriebrigade seien nicht etwa durch Überanstrengung und Gewaltmärsche, sondern lediglich durch die übergroße Hitze und Schwüle verschuldet worden. Abg. v. Vollmar (Soz.) erklärte darauf, die Sozialdemokratie sehe alles daran, um den Frieden zu erhalten. Welches dies nicht, so würden auch die Sozialdemokraten alles andere hinter die Rot des Vaterlandes zurücktreten lassen und dem Lande ihre Dienste leisten, und sie würden nicht die schlechtesten Verteidiger des Vaterlandes sein. Die Bewilligung des Militäretats sei eine Vertrauens-sache. Die Sozialdemokratie könne aber den Bundes-regierungen, welche die Sozialdemokratie als inneren Feind bezeichneten, nicht solviel Vertrauen schenken und ihnen das Instrument zur Verteidigung des Landes über-lassen. Redner wandte sich dann scharf dagegen, daß man Reserveoffiziere, die bei der Wahl sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hätten, verabschiedet habe. Abg. Dr. Casselmann (liberal) bedauerte, daß der Entschluß des früheren Kriegsministers v. Horn, der den Reserveoffizieren ein Eintreten für Sozialdemokraten verbietet, zu vielen Denunziationen geführt habe. Wenn die Sozialdemokratie den Heeresetat ablehne, so handle sie allerdings ungeschicklich. Nach den warmen und patri-otischen Worten des Abg. v. Vollmar scheine die Ablehnung aber nur eine politische Demonstration zu sein, die in dem Augenblick wegfallen würde, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit und die Verantwortung habe. Deutschland könne nicht abruhen; das wäre der Niedergang nach einem so außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Verhandlungen über den Militäretat seien um so bedeutender, als im Ausland gewisse Kreise, besonders jenseits der Vogesen, glaubten, der Reichsgedanke könnte schließlich des Ruins und des Tannus da und dort einen Nis bekommen und Bayern sei nur gebrungen ein Glied des Deutschen Reiches. Dieses Märchen müsse end-gültig zerstört werden. Redner schloß: Wir wollen dem Reiche die Wehrmacht geben, die es braucht, und festhalten an dem Fundament unserer Heeresverfassung, auf dem das Deutsche Reich aufgebaut ist. Abg. Gerstenberger (Z.) meinte, Abg. v. Vollmar habe in seiner bestimmten Art als Revisionist über die Taktik der Sozialdemokratie hinwegtäuschen wollen und habe dafür das Zentrum angegriffen. Wenn das Zentrum seinerzeit im Reichstag den Militäretat ab-gelehnt habe, so sei es lediglich geschehen, weil es sich

nicht auf sieben Jahre hinaus binden wollte. Das Zentrum werde mit allen Mitteln die Beseitigung des Duells aus dem Heere erstreben.

## Ausland.

### Zu Kaiser Wilhelms Besuch in der Schweiz.

Bern, 21. August. Nach den hier vorliegenden amt-lichen Mitteilungen wird das Gesolge Sr. Majestät des Deutschen Kaisers bei seinem Besuche in der Schweiz aus folgenden Herren bestehen: Generaladjutant General-oberst v. Plessen, Se. Durchlaucht Fürst zu Fürsten-berg, Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg, General der Infanterie v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie Frhr. v. Poisingen, gen. Duene, Generaladjutant General der Infanterie Frhr. v. Lynder, Chef des Militärkabinetts, Wirkl. Geh. Rat v. Valentini, Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Vizezeremonienmeister v. Röder, Gesandter Frhr. v. Jenisch, Kammerherr Frhr. v. Kleist, Generalarzt Dr. v. Zilberg, Flügeladjutant Oberstleutnant v. Mutius, Flügeladjutant Major Frhr. v. Holzling-Werneck, Hauptmann v. Wisnarski, Militärcattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Bern, sowie drei zur Dienstleistung beim Kaiser kommandierte schweizerische Offiziere. — Die Abordnung der Baseler Regierung zur Begrüßung des Kaisers am 3. September bei seinem Eintritt in die Schweiz wird aus dem Vizepräsidenten Dr. Kemmer und den Regierungsräten Dr. Burdhardt und Dr. Speiser bestehen.

### Zu Graf Berchtolds Vorschlag.

Wien, 21. August. Der Wiener Allgemeinen Zeitung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Aus einzelnen türkischen Stimmen ist zu ersehen, daß man in manchen Kreisen Konstantinopels sich über die wahre Be-deutung der Aktion des Grafen Berchtold noch immer nicht ganz im klaren zu sein scheint. Besonders ist es das Wort „Dezentralisation“, das vielfach mißdeutet wird. In dem Vorschlage der österreichisch-ungarischen Regierung ist ja, wie bereits wiederholt hervorgehoben wurde, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es gelte, diejenige Richtung, die jetzt in der Türkei vor-herriicht und auch von der türkischen Armee gebilligt wird, zu unterstützen. Diese Richtung ist es, die im Gegenlag zu der in Konstantinopel selbst als unumgäh-lich anerkannten zentralisierenden Politik der Jungtürken als eine Dezentralisation bezeichnet wird. Es ist daher nicht leicht erfindlich, wie darin, daß in dem Vorschlag des Wiener Kabinetts die gegenwärtige Richtung der türkischen Politik ausdrücklich gebilligt wird, von türkischen Patrioten, die diese Richtung gleichfalls billigen, etwas den türkischen Interessen Entgegengelehtes erblickt werden kann. Übrigens ist diese irrtümliche Auffassung auch in Konstantinopel nicht durchaus verbreitet, wie die anerkennende Beurteilung des österreichisch-ungarischen Vorschlags in mehreren türkischen Zeitungen beweist.

Paris, 21. August. Wegen der Abwesenheit des Ministerpräsidenten Poincaré ist noch keine Antwort auf den Vorschlag des Grafen Berchtold nach Wien ab-gegangen. Es hat nur eine Zusammenkunft zwischen dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger in Paris und dem Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministe-rium des Äußern stattgefunden, in der dieser erklärte, der Vorschlag werde zweifellos in Frankreich eine günstige Aufnahme finden.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 21. August. Der Minister des Äußern bekräftigte einem Berichtshatter, daß nicht-amtliche Besprechungen mit Italien eingeleitet wor-den seien. Wenn die türkische Regierung, so erklärte der Minister, die Ansprüche Italiens und die Bedingungen kenne, unter denen es bereit sein würde, zu verhan-deln, und wenn diese Bedingungen annehmbar und mit dem Interesse, der Würde und der Ehre der Türkei ver-einbar seien, werde sie in offizielle Verhandlungen ein-treten. In diesem Falle wäre jede Einmischung Europas unnötig.

Die Aufgabe des aus der Gefangenschaft hier ein-getroffenen Subhi Bei, des ehemaligen Wali des Archipels, besteht darin, der Pforte die Bedingungen Italiens für die Freilassung der gefangenen türkischen Beamten mitzuteilen.

Rom, 21. August. Die Aufsehen erregende Kon-stantinopeler Meldung des in Bologna erscheinenden „Resto del Carlino“, nach der die Pforte durch Vermittlung Kiamil Paschas dem englischen Ministerium des Aus-wärtigen den Vorschlag gemacht hat, die Provinz Cyrenaika Ägypten anzugliedern, hat, wie der